

Münzenmaiers MAGAZIN

02/2020

Unzensurierte Nachrichten aus erster Hand

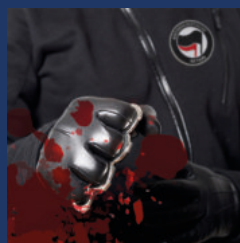


DAS CORONA VERSAGEN



**Gastbeitrag von
Stephan Brandner**

Über Grundrechte in
Krisenzeiten



**Linksextremismus in
Deutschland**

Aktuelle
Bestandsaufnahme

Zur Corona-Krise

Gastbeitrag:

**Stephan Brandner –
Grundrechte in Krisenzeiten**

Ab Seite 8

Linksextremismus:

**„Ich bin Antifa“ –
eine aktuelle Bestandsaufnahme**

Ab Seite 20

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Sebastian Münzenmaier.....Seite 3

Zur Corona-Krise

Das Corona-Versagen -
wie unser Land an die Wand gefahren wurde.....ab Seite 4

Stephan Brandner: Grundrechte in Krisenzeiten.....ab Seite 8

Grüne Künast diffamiert Landwirtschaft.....Seite 10

AfD im Bundestag: Rede von Sebastian Münzenmaier
zum Corona-Shutdown.....ab Seite 12

Robert Habeck blamiert sich bei Maybrit Illner.....Seite 14

In eigener Sache

Berlin ist eine Reise wert!.....Seite 15

Aufruf zur Unterstützung der deutschen Reisewirtschaft.....ab Seite 16

Impressionen: Aktiv für Deutschland.....ab Seite 18

Linksextremismus in Deutschland

Juso Steffen Thieme will AfD-Mitglieder „vernichten“.....Seite 20

„Ich bin Antifa“ab Seite 21

Antifa - Aktuelle Bestandsaufnahme.....ab Seite 23

Gewinnspiel.....Seite 26

Kontakt + Impressum.....Seite 27

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

ich freue mich sehr darüber Ihnen eine neue Ausgabe von „Münzenmaiers Magazin“ präsentieren zu dürfen. Zuerst möchte ich mich bei Ihnen allen für die vielen tollen Rückmeldungen auf unsere Erstausgabe bedanken, das hat mich und mein ganzes Team natürlich sehr gefreut. Ihre Nachrichten haben uns für die jetzt vorliegende Ausgabe weiter angespornt: wir wollten uns in punkto Qualität und Quantität noch weiter steigern und haben den Umfang der Ausgabe fast verdoppelt!

Die letzten Monate waren wohl für uns alle eine Zäsur. Der Shutdown einer kompletten Gesellschaft, Kontaktbeschränkungen, wirtschaftliche Kollateralschäden, die in die Milliarden gehen und eine Bundesregierung, die einen Fehler an den anderen reihte und sich trotzdem in Umfragen größter Beliebtheit erfreut ... manchmal könnte man glauben, unser Land sei verrückt geworden.

In unserer Titelgeschichte beleuchten wir das Corona-Versagen der Regierung und das Handeln unserer AfD-Bundestagsfraktion, das leider in den sogenannten „Mainstream-Medien“ überhaupt nicht thematisiert wurde.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Ausgabe beschäftigt sich mit den unglaublichen Auswüchsen linksextremer Gewalttäter: der sogenannten „Antifa“. Diese Schurken verwüsten Innenstädte, greifen Andersdenkende regelmäßig an und werden von Rot-Rot-Grün nicht nur stillschweigend geduldet sondern oftmals heimlich finanziert. Leider ist die ehemals konservative CDU längst „vermergelt“ und hat sich brav eingereiht in die Phalanx aus abgehalfterten Alt-68ern, grünen Klima-Gören und gewaltbereiten Linksextremisten.

Einzig und allein die AfD stellt sich Extremismus jeder Couleur entgegen und kämpft sowohl im als auch außerhalb des Deutschen Bundestages für unseren Rechtsstaat.

Apropos Rechtsstaat: der sogenannte Verfassungsschutz, der mittlerweile zu einem „Regierendenschutz“ verkommen ist, scheut keine Kosten und Mühen unsere Bürgerpartei zu diffamieren und in die rechtsradikale Ecke zu schieben. Wir wehren uns mit allen juristischen Mitteln und ich kann nur an Sie appellieren: informieren Sie Ihre Mitbürger über die Abhängigkeit der jeweiligen Verfassungsschutzämter von den jeweiligen Innenministern. Regen sie an, mit und nicht nur über die AfD zu reden und ganz wichtig: informieren Sie sich „alternativ“ und nicht nur aus Ihrer Tageszeitung oder bei „Marionetta“ Slomka.

Ich persönlich biete Ihnen in jeder Sitzungswoche eine „Debatte der Woche“ und einen regelmäßigen Newsletter. Mein Telegram-Kanal und meine Homepage halten Sie täglich mit neuen Nachrichten auf dem Laufenden und nicht zuletzt soll dieses Magazin die Lücke im Printbereich schließen und einen etwas ausführlicheren Blick auf unsere AfD und die Arbeit im Deutschen Bundestag ermöglichen.

Auch Sie können mithelfen, die Bürger aufzuklären: Werfen Sie doch auch Ihrem konservativen Nachbarn oder dem schimpfenden Arbeitskollegen ein Exemplar dieser Zeitung in den Briefkasten und sorgen Sie mit mir gemeinsam dafür, dass unsere Inhalte eine noch größere Verbreitung finden.

Nun wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen und freue mich auf Ihre Rückmeldungen, Anregungen oder Ideen: haben Sie in die Tasten, Leserbriefe sind immer gern gesehen!



Herzlich grüßt, Ihr

Sebastian Münzenmaier



Leitartikel

Das Corona–Versagen – wie unser Land an die Wand gefahren wurde

Jedervon unspürt die Auswirkungen der Corona-Krise täglich und das auf ganz verschiedene Art und Weise. Über zehn Millionen Arbeitnehmer befinden sich in Kurzarbeit. Zehn Millionen von den gut 44 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland, also fast jeder vierte. All diese Arbeitnehmer bangen um ihre Arbeitsstelle, bangen um ihr wirtschaftliches Dasein, spätestens wenn die Hilfen der Regierung auslaufen und die Unternehmen aus eigener Kraft weitermachen müssen. Hunderttausende haben bereits den Weg zum Arbeitsamt antreten müssen, weil ihre Arbeitsplätze dem kompletten Runterfahren des Wirtschaftslebens durch die Bundesregierung bereits zum Opfer gefallen sind. Hunderttausende, wenn nicht Millionen, werden ihnen noch folgen. Jeden konnte und kann es treffen, gleich ob Unternehmer oder Arbeiter, ob Kneipenbesitzer oder Angestellter, ob Taxifahrer oder Hotelbesitzer. Einzig ausgenommen bei den Jobängsten sind Rentner und das Heer an Landes- und Bundesbeamten, denen weder Kurzarbeit noch Jobverlust drohen kann und selbstverständlich auch die Politik.

Es ist schön zu wissen, dass Abgeordnete und auch ihre Mitarbeiter weiterhin regelmäßig ihre Bezüge

erhalten und sich zumindest wirtschaftlich keine Sorgen machen müssen, doch sollte dies dazu führen, dass sie ihren ganzen Eifer in Lösungen für die Menschen denen gegenwärtig jede Sicherheit fehlt stecken und die Krise nicht noch weiter verschlimmern. Der Blick auf die Altparteien im Bundestag beweist anderes. Sehr viele Anträge hat die AfD bereits jetzt im Zusammenhang mit Corona gestellt, zusätzlich ungezählte Anfragen an die Regierung ausgearbeitet. Keiner der Anträge führte zu einem Umdenken der Regierung, selbst in der Krise halten die Altparteien stoisch zusammen und riskieren lieber die Verarmung eines ganzen Volkes, als einem AfD-Antrag zuzustimmen. Dazu später mehr.

Doch auch die Menschen, deren Arbeitsplatz nicht konkret gefährdet ist, erleben seit Monaten täglich die Corona-Politik der Regierung. Wir alle konnten unsere Kinder nicht zur KiTa oder Schule bringen, die Folgen für das Bildungssystem sind kaum abzusehen. In der nächsten Zeit wird es Zeugnisse geben und es bleibt abzuwarten, wie sich das monatelange Fernbleiben

von der Schule ausgewirkt haben wird. Schon jetzt ist aber klar, dass sich teilweise ganze Klassen für die Wiederholung der des Schuljahres entschieden haben. Mit Sicherheit eine Entscheidung, welche das Leben von allen Betroffenen stark beeinflussen wird. Und selbst in den einfachsten Dingen bestimmt Corona beziehungsweise die Corona-Politik unseren Alltag: ob man in der Straßenbahn unter der obligatorischen Mund-Nasenbedeckung schwitzt und japst oder die Stammkneipe doch schon um 23 Uhr schließen muss. Ob man beim Friseur Handynummer und Anschrift hinterlegen muss, damit einem die Haare geschnitten werden oder man dem heimischen Fußballclub im Saisonfinale nicht zujubeln kann. Wir alle spüren die Folgen täglich mehr oder weniger hart und nicht wenige treiben exakt diese Folgen in pure Verzweiflung, wie unter anderem die Selbstmordrate beweist. Die Frage ist, die Folgen von was spüren wir? Natürlich kann man sagen, dass ein tödliches und gefährliches Virus die Welt über Nacht unvorbereitet getroffen hat und es, wie es in der deutschen Politik seit einiger Zeit Mode geworden ist, „alternativlos“ war, das gesamte Land herunterzufahren. Doch trifft dies zu?

Corona – Politik, eine Chronik des Regierungsversagens

Mitten in die besinnliche Vorweihnachtszeit mischten sich unharmonische Töne von einer viralen Seuche, ausgebrochen im Reich der Mitte. Bilder und Berichte malten immer düstere Szenarien aus und die Bundesrepublik regierte. Wie es bereits länger Tradition der GroKo ist, wurde natürlich nicht daran gedacht, die eigene Bevölkerung auf das vorzubereiten und sie vor dem zu schützen was da kommen könnte, stattdessen entschied man sich mal wieder Sozial- und Gesundheitsamt der Weltbevölkerung zu spielen und versandte große Mengen an Atemschutzmasken und medizinischem Gerät nach China. Die Bevorratung in Deutschland wurde nicht nur nicht aufgestockt, sie wurde sogar verkleinert. Offensichtlich war man im Kanzleramt der Meinung, dass moralische Überlegenheit und das gute Gefühl mal wieder Steuergelder für andere Staaten verwendet zu haben gegen das Virus immunisierend wirken müsste. Anders kann man sich kaum erklären, dass auch nach dem ersten Corona-Erkrankungen Gesundheitsminister Spahn mit vor Stolz geschwellter Brust und breitem Lächeln erklärte, die Gefahr für Deutschland sei sehr gering und man sei zusätzlich aber auch bestens auf alles vorbereitet.

Die Erfahrungen der AfD-Bundestagsfraktion mit Versicherungen der Regierung man schaffe das alles schon und man sei gut vorbereitet, legten einen augenblicklichen Handlungsbedarf nahe. Daher stellte die Fraktion am 12. Februar den Antrag: „Bekämpfung der Seuchenausbreitung in Deutschland“ (Drucksache 19/17128), mit dem man frühzeitig der möglichen Ausbreitung von Corona hätte entgegensteuern können um spätere härtere Einschnitte zu verhindern. Im Plenum des Bundestages wurde die AfD ausgelacht, der Panikmache beschuldigt und der Antrag mit den Stimmen sämtlicher anderen Fraktionen abgelehnt.

Kam der „alternativlose“ Shutdown gelegen?

Einen Monat später verhängte die bis dahin nahezu untätige Bundesregierung den absoluten „Shutdown“, wieder mit der gewohnten „Alternativlosigkeit“. Das wirtschaftliche Leben kam zum Erliegen, Senioren wurden in ihren Heimen weggesperrt, Familien die nicht in einem Haushalt zusammenlebten wurden auf ungewisse Zeit auseinandergerissen. Es kam zu Hamsterkäufen, Schulen wurden geschlossen, teilweise der öffentliche Nahverkehr eingestellt, wer immer konnte, sollte seiner Tätigkeit in Heimarbeit nachgehen und mit einem Händedruck zur Begrüßung eines Kollegen brachte man sich in den Bereich einer Straftat nach dem Infektionsschutzgesetz. Kurz gesagt, die Regierung verfiel in völlige Panik und löste eine Massenhysterie in der Bevölkerung aus.

In diesem Zusammenhang, darf vermutet werden, dass die Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten, (mehr dazu im Gastbeitrag von Herrn Brandner MdB. auf Seite 8), der Regierung nicht nur recht leicht fiel, sondern auch sehr gelegen kam. Die AfD stimmte dieser Selbstermächtigung der Regierung nicht zu und verlangte eine klare zeitliche Begrenzung und regelmäßige Überprüfung und wurde - Sie werden es ahnen - von allen anderen Fraktionen niedergestimmt. Spätestens von diesem Zeitpunkt an regierte das sogenannte Corona-Kabinetts, einzig gestützt auf das Robert Koch Institut und unter Absprachen mit den Ministerpräsidenten der Länder an sämtlichen Parlamenten des Landes vorbei, während der Wirtschaftsminister wider besseren Wissens im Fernsehen versprach, dass durch Corona kein einziger Job in Deutschland verloren gehen werde.

Aber was soll man sich über die Unwahrheiten von Ministern noch aufregen, man erinnerte sich ja auch noch an den Gesundheitsminister, der das Tragen von Masken für unnötig oder sogar schädlich erklärte hatte, oder den Innenminister der seit Jahren predigte, man könne Grenzen nicht schließen. Offensichtliche Unwahrheiten von CDU/CSU Ministern, die aber den durch Medien verkündeten Popularitätsgewinn der Regierung keinen Abbruch taten. Die deutsche Bevölkerung saß schockerstart auf einem Haufen Toilettenpapier und den hastig bevorrateten Raviolidosen in ihren Wohnungen und erwartete die alles vertilgende Viruswelle.

RKI und Regierungspolitik befeuerten eine Panikwelle

Täglich wurde die Panik weiter geschürt, über Intensivstationsbetten die fehlen würden, der Ankauf von medizinischem Gerät der immer teurer und unprofessioneller betrieben wurde und das RKI lieferte weiter Schreckensszenarien, die zwar noch nicht da sind aber schon ganz bald Deutschland sein würden, wenn man den Anweisungen der Regierungen, nur für die notwendigsten Besorgungen aus dem Hause zu gehen, nicht folgen würde. Deutschlands Wirtschaft kam zum Erliegen, die vormals gesunden Firmen krochen unter den Schirm staatlicher Hilfe, die vorher angeschlagenen Firmen starben sofort. Die Regierung rechtfertigte sich selber nach wie vor damit, dass der neuartige Virus so gefährlich sei, dass man diese Schäden eben hinnehmen müsse, um schlimmeres zu vermeiden. Ein schwacher Trost für all diejenigen, deren Geschäfte insolvent wurden und die ihren Arbeitsplatz verloren. Die Masse der Deutschen verfolgte nach wie vor die stetig steigenden Zahlen des RKI, welche durch schaurige Videoaufnahmen von apokalyptischen Zuständen aus dem Ausland garniert wurden und warteten auf den Aufprall der Virus-Welle. Und dann geschah.... Nichts! Die Epidemie blieb aus.

Die Geister die ich rief, werde ich nun nicht los...

Die Regierung stand nun vor der politisch problematischen Situation, dass der eigentlich sehr wünschenswerte Zustand, dass Corona sich als sehr viel ungefährlicher herausgestellt hat als zunächst befürchtet wurde und die befürchtete Überbeanspruchung der Krankenhäuser durch Millionen von Infizierten und den erwarteten hunderttausenden Verstorbenen nicht stattfand. Man hätte einräumen müssen, dass man in Panik

überzogen reagiert hat, aber so viel Ehrlichkeit gegenüber dem Wähler brachte der Bundestag nicht auf. Man konnte nicht eingestehen, dass man sich geirrt hatte und so begann das Gerede von einer zweiten Welle, welche dann viel schlimmer ausfallen würde. Lockerungen der Maßnahmen wurden abgelehnt und ehemals verpönte Vorschläge wie eine Maskenpflicht wurden plötzlich salonfähig. Es kam der 23. April 2020, Frau Merkel gab im Bundestag eine Regierungserklärung ab und schwadronierte von europäischen Verpflichtungen und gab Durchhalteparolen zum Besten. Die vielen Menschen, die durch Corona-Maßnahmen am wirtschaftlichen Abgrund standen fanden keine Beachtung – viel mehr wurde dem ein oder anderen noch ein kräftiger Schubser nach vorne gegeben. Die Erwiderung auf ihre Erklärung nahm die Bundeskanzlerin auf dem Handy tippend mit gewohntem Desinteresse zur Kenntnis.



Die einzige Opposition in der Corona-Krise

Die AfD und ihr stärkster politischer Arm, die Bundestagsfraktion, war und ist die einzige Interessenvertretung für all diejenige, die sich von der Bundesregierung ihrer Grund- und Freiheitsrechte beraubt sehen und die endlich wieder ihrem Gewerbe nachgehen wollen, um nicht vom Tropf der öffentlichen Hand leben zu müssen. Sie war und ist Stimme für jeden, der selbstbestimmt für sich und seine Familie die Verantwortung übernehmen will und nicht bereit dazu ist, sich weiter von der Panik der Regierung gängeln zu lassen.

Der parlamentarische Protest der Bundestagsfraktion wurde immer stärker und auch auf den Straßen rührte sich der Widerstandswille. Die ersten Demonstrationen zur Wiedereinsetzung der Grund- und Freiheitsrechte, welche das Grundgesetz garantiert, fanden statt. Unter härtesten Auflagen bezüglich Abstandsregelungen und Teilnehmerzahl

- wobei schon geringfügige Verstöße zu einem harten Eingreifen der Sicherheitskräfte führten und oftmals angemeldeten Versammlungen aufgelöst wurden. Ein ähnlich entschiedenes Eingreifen hätte man sich bei den jüngsten „black lives matters“ Krawallen gewünscht, doch da waren alle Abstands- und Hygieneregeln hinfällig. Zehntausende demonstrierten dichtgedrängt und wurden von Presse und Politik bejubelt. Ein deutlicheres Zeichen eines „Zwei-Klassen-Demonstrationsrechtes“ kann man sich kaum vorstellen. Dazu kommt, dass Demonstranten für Grundrechte regelmäßig als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt werden und die Polizei weisungsgemäß mit großer Härte gegen die friedliche protestierenden vorgehen müssen, während linken Randalierern jeder Spielraum eingeräumt wird. Bis heute sind nicht alle Corona-Maßnahmen aufgehoben und selbst die Feststellung der „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ wurde nach wie vor nicht außer Kraft gesetzt und das bei aktuell gerademal ca. 7.500 Erkrankten.

Ein Antrag der AfD-Bundestagsfraktion hierzu wurde bereits am 6. Mai gestellt, doch wieder rückte das Altparteienkartell enger zusammen und stimmte geschlossen gegen unseren Antrag. Inzwischen hat sich zwar die FDP entschieden, unserem Antrag zu folgen und forderte am 18. Juni ebenfalls die Aufhebung der angeblichen „epidemischen Lage“. Die Regierung und auch die meisten Oppositionsparteien bewegen sich nach wie vor in dem Spannungsfeld, dass sie auf „Teufel komm raus“

die seit März getroffenen Maßnahmen rechtfertigen wollen. Ob diese nun notwendig oder nachweislich unbegründet waren, spielt dabei überhaupt keine Rolle.

Mit Ausnahme der AfD betreiben alle Fraktionen ein völlig verantwortungsloses Spiel. Lieber trägt man den Wohlstand des deutschen Volkes zu Grabe, entlässt Millionen in die Arbeitslosigkeit und verbrennt Billionen an Steuergeldern, bevor man einen Fehler einräumt, welcher die Wiederwahl im Herbst nächsten Jahres gefährdet. Schließlich möchte man ja nicht vorschnell von den mit Steuergeldern gefüllten Töpfen aufstehen müssen.

Das komplette Ausmaß des Schadens wird sich erst später ermessen lassen und niemand kann seriös vorhersagen, wie lange die Merkel-Regierung noch an Corona-Maßnahmen festhält und ob sie nicht sogar zur passenden Zeit wieder verschärft werden. Eines kann man allerdings sicher feststellen: die AfD-Bundestagsfraktion ist ihrem Oppositionsauftrag voll gerecht geworden. Leider ist es uns bisher nicht vergönnt, Regierungsverantwortung zu tragen und der un- und widersinnigen Corona-Politik ein Ende zu machen. Jedem muss hierbei klar sein: „Wer Altparteien wählt, der bekommt auch Altparteienpolitik“. Hoffen wir gemeinsam, dass genügend Menschen bewusst wird, dass hier eine Volkswirtschaft ohne hinreichende Gründe liquidiert wurde und dass der Wähler nicht vergisst, wem er die sich abzeichnende wirtschaftliche Katastrophe zu verdanken hat.



Grundrechte gelten vor allem in Krisenzeiten – wir haben kein Schönwettergrundgesetz!

Die Deutschen erleben in den letzten Wochen und Monaten die tiefsten Einschnitte in ihre Grundrechte seit Bestehen der Bundesrepublik. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, machte sogar deutlich, dass die Einschränkungen für die Bürger im Zuge der Coronakrise die Gefahr einer „Erosion des Rechtsstaates“ mit sich bringen und qualifiziert sie als „extreme Eingriffe in die Freiheit aller“. Von Beginn an – bereits Anfang März – forderten wir als AfD, die ergriffenen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Tragweite und Notwendigkeit laufend zu evaluieren und sie auf das Notwendigste und die kürzest mögliche Zeitspanne zu beschränken, denn Grundrechte besitzen auch und vor allem in Krisenzeiten ihre Gültigkeit. Sie haben unter anderem den Sinn, undemokratische Auswüchse legislativen Handelns unmöglich zu machen. Bundesregierung und Landesregierungen hatten in den letzten Monaten den Anschein erweckt, bei Grundrechten handele es sich zwar um Abwehrrechte gegenüber dem Staat, auf jeden Fall aber nur um solche, die zum Tragen kommen, wenn politisch und gesellschaftlich schönes Wetter herrsche.

Diese Auffassung ist aber grundlegend falsch, denn gerade in Situationen, in denen der Staat sich selbst ermächtigt, das zu tun, was ein Staat prinzipiell gerne tut oder tun würde, nämlich spitzeln, beschränken, verbieten, Daten sammeln, Auflagen erteilen, sind unsere Grundrechte unentbehrlich! Die Eindämmungsverordnungen in den Ländern haben jedoch nahezu sämtliche Grundrechte beschränkt oder gleich gänzlich Makulatur werden lassen: Wir zählen 17 (!) Grundrechte, prominent platziert am Anfang unseres Grundgesetzes, die durch die Verordnungen beschnitten oder gänzlich zu Grunde gerichtet wurden.

Vorne im Grundgesetz (GG) angefangen, findet sich, nach der Menschenwürde, das allgemeine Persönlichkeitsrecht, das schon ganz allgemein davon beschränkt wird, wenn es die Pflicht zum Tragen etwa von Masken oder Besuchsverbote in Pflegeheimen, Krankenhäusern und anderen

Einrichtungen gibt. Die Verpflichtung, seinen Ausweis bei sich zu tragen, wie es anfangs der Fall in manchen Regionen war, greift ebenso, wie die Erfassung von Daten, etwa bei politischen Veranstaltungen, in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung aus Art. 2 GG ein. Auch ein Eingriff in das Recht auf Leben und in das der körperlichen Unversehrtheit kommt in Frage, wenn Kontaktbeschränkungen zu erhöhten Suizidraten oder auftretenden Depressionen führen.

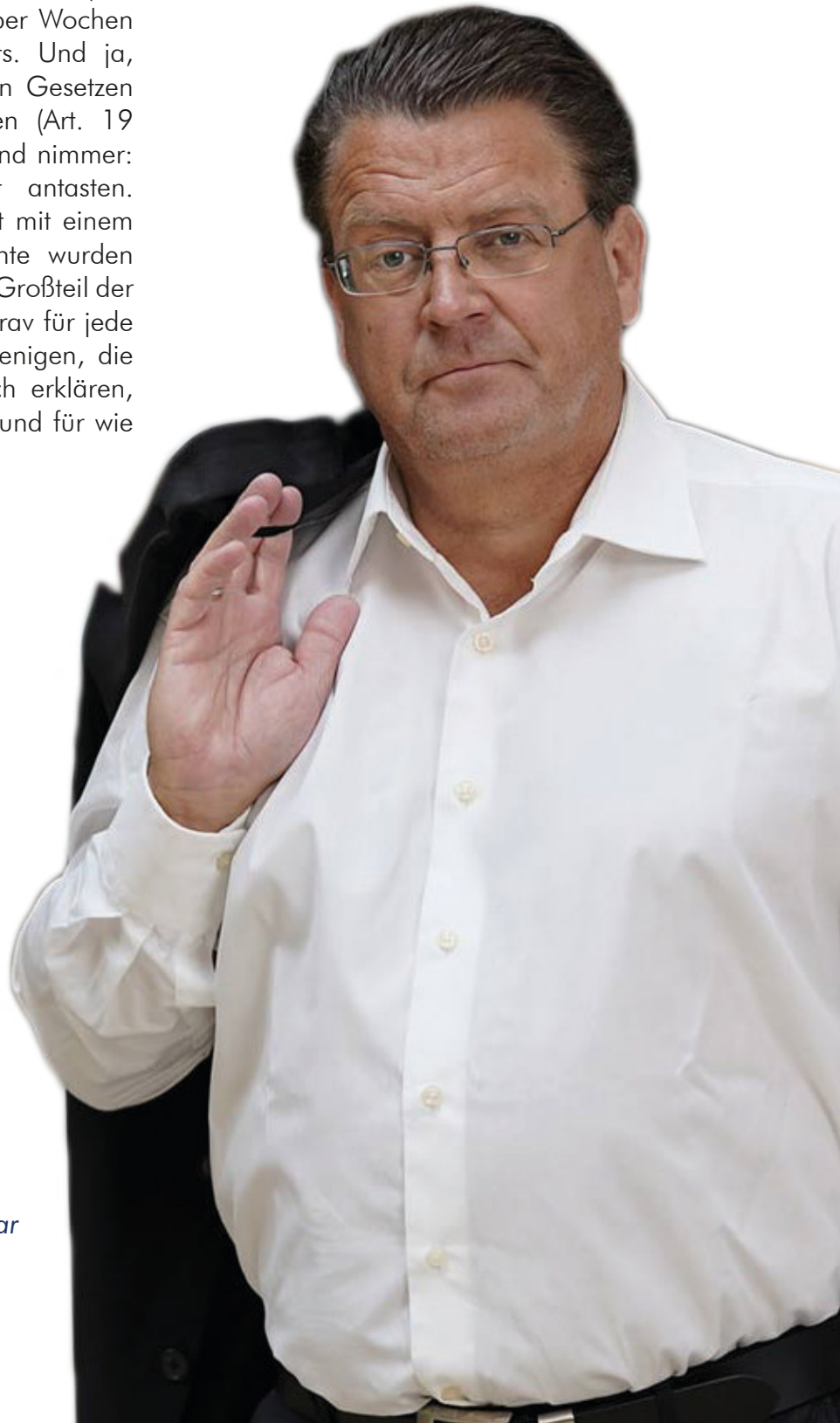
Erinnern Sie sich noch an das wohl erste Osterfest seit Gründung der Bundesrepublik, das wir nicht in der Kirche feiern durften? Nur kurze Zeit später waren in Thüringen Gottesdienste wieder erlaubt – zufällig ab dem ersten Tag des Ramadan, beschlossen in einer Nacht- und Nebelaktion. Die Religionsausübungs- und die Versammlungsfreiheit (Art. 4 Abs. 2 und 8 GG) wurden durch die Verordnungen der Länder vollständig – und unter klarem Verstoß gegen Art. 19 Abs. 2 GG, wonach keinesfalls ein Grundrecht in seinem „Wesensgehalt angetastet werden darf“ – vollständig beseitigt. Aber auch die Informationsfreiheit aus Art. 5 GG wurde stark eingeschränkt, indem der Besuch von Bibliotheken, Gerichtsverhandlungen und Parlamentssitzungen nicht mehr möglich war. Auch der Schutzbereich der Ehe und Familie (Art. 6) war betroffen, war es doch in allen Bundesländern nicht möglich, als Familie zusammenzukommen, wenn man in mehreren Haushalten lebt – ganz zu schweigen von den Umständen unter denen Besuche der Großeltern im Heim erlaubt sind.

Kommen wir nochmals zur Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG): im März und April war dieses Grundrecht nicht nur eingeschränkt, nein, es war völlig außer Kraft gesetzt. Langsam kam es zu Lockerungen, unter Bedingungen, die völlig inakzeptabel waren: Demonstranten sollten ihre Kontaktdaten hinterlassen. Machen wir uns nichts vor: Wer demonstriert denn für die oder mit der AfD, wenn er weiß, dass sein Name, seine Adresse und Telefonnummer bei der Stadtverwaltung liegen und von dort auf kürzestem Wege zur Antifa gelangen? Trotzdem haben sich viele Bürger gefunden, die von

ihrem Grundrecht Gebrauch gemacht haben und gegen die Beschränkungen auf die Straße gegangen sind. Sie erlebten teils bis dahin unvorstellbare Polizeigewalt, wurden schikaniert und drangsaliert. Und nun? Plötzlich ist alles erlaubt, Zehntausende demonstrieren ohne Abstand und Mundschutz gegen sogenannten Rassismus und die Polizei tut was? Richtig, gar nichts.

Was bleibt übrig von der Berufsfreiheit (Art. 12 GG) wenn man nicht mehr an seinem Arbeitsplatz erscheinen darf, was vom Recht auf Eigentum (Art. 14 GG), wenn das eigene Geschäft über Wochen und Monate nicht öffnen darf? Nichts. Und ja, nochmals: Der Staat darf aufgrund von Gesetzen Grundrechte grundsätzlich einschränken (Art. 19 Abs. 1 GG), eines jedoch darf er nie und nimmer: Grundrechte in ihrem Wesensgehalt antasten. Aber genau das ist passiert und das ist mit einem Rechtsstaat nicht vereinbar. Grundrechte wurden sang- und klanglos abgeschafft und der Großteil der Bevölkerung bedankt sich heute noch brav für jede sogenannte Lockerung. Aber nicht diejenigen, die ihre Freiheit zurückfordern, müssen sich erklären, nein, der Staat muss erklären, ob, wie und für wie

lange er Grundrechte einschränkt! Und er muss erklären, ob wenige Tausend Infizierte bei mehr als 11.000 leerstehenden Intensivbetten Grund genug sind, Menschen in Pflegeheimen wie Gefangene zu behandeln, ihnen die Umarmung ihrer Angehörigen zu verwehren, sie bei Besuchen zu belauschen und mit Plexiglasscheiben davon abzuhalten, die Hand ihrer Liebsten zu halten. Wie auch immer, für mich und uns als Alternative für Deutschland steht fest: Grundgesetz und Grundrechte sind nicht verhandelbar! Sie gelten stets und immer! Auch und vor allem in Krisenzeiten!



Stephan Brandner ist Rechtsanwalt, stellvertretender Bundessprecher der AfD und seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags. Brandner war zudem Spitzenkandidat der AfD Thüringen und gehörte von 2014 - 2017 dem Thüringer Landtag an.



Beliebter Netzartikel Grüne Künast diffamiert Landwirtschaft

Verurteilungen ohne genaues Hintergrundwissen sind die Paradedisziplin der Grünen Bundestagsabgeordneten Renate Künast. Gerne sei an dieser Stelle an eine ihrer zahlreichen Peinlichkeiten beim Kurznachrichtendienst Twitter erinnert, welche sie regelmäßig von sich gibt. So beschwerte sich Künast im Juli 2016 bei der Polizei in München, als diese den islamistischen Axt-Terroristen in einer Regionalbahn bei Würzburg, welcher zahlreiche Menschen attackieren und umbringen wollte, erschoss und nicht nur „angriffsunfähig“ machte. So viel weltfremdes Gerede war selbst dem Vorsitzenden der deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt zu viel, welcher Künast „parlamentarische Klugscheißerei“ vorwarf.

Schlimme Vorwürfe von Künast im deutschen Bundestag

Einen weiteren Fall von dieser „parlamentarischen Klugscheißerei“, war am Ende dieser Woche bei einer Rede von Künast im deutschen Bundestag zu entnehmen. Wortwörtlich gab die Grünen-Politikerin von sich:

„Ein Grund für diese Pandemie war die falsche Art und Weise, wie wir unsere Nahrungsmittel produzieren, Landwirtschaft betreiben und dabei mit unserer Umwelt umgehen. Jetzt müssen wir die Krise umgekehrt nutzen, um endlich die Ernährungswende auf den Weg zu bringen!“

Stolz veröffentlichte das Team von Künast diesen Redeausschnitt auch noch bei Twitter.

Klar herauszulesen ist aus diesen Worten, dass die Grüne Künast der deutschen Landwirtschaft vorwirft, ein Mitauslöser für die Corona-Pandemie zu sein. Eine mehr als unverschämte Diffamierung der deutschen Landwirte, welche 12-Stunden am Tag harte körperliche Arbeit betreiben, von der Bundesregierung kaum unterstützt werden und unter diesen schweren Bedingungen die Bevölkerung seit Jahrzehnten mit frischen und gesunden Lebensmitteln versorgen. Nachdem die ersten kritischen Stimmen zu Künasts unverschämten Äußerungen aufkamen, ruderte sie noch am gleichen Tag zurück und veröffentlichte ein Statement, in welchem sie ihre Aussagen zurechtrückte: Natürlich habe sie nicht die Bauernfamilien kritisiert, sondern den globalen Raubbau des Menschen, durch welchen der Kontakt mit neuen Viren ständig gegeben sei. Eine Entschuldigung an die deutschen Bauernfamilien blieb aus.

Der Berliner Elfenbeinturm

Während die deutschen Landwirte unsere Naturlandschaften pflegen, Tiere versorgen und gesundes Essen und Trinken auf den Wochenmärkten der Republik zur Verfügung stellen, werden aus der angeblichen Ökopartei Deutschlands schlimme Verdachtsgedanken ausgesprochen. Die Vorwürfe an die Bauern, mit für die Corona-Krise verantwortlich zu sein, sind wissenschaftlich unhaltbar und schlicht

unverschämt. Es zeigt sich wiederholt, wie leicht aus dem Berliner Elfenbeinturm, allen voran aus grüner Richtung, über die hart arbeitende Bevölkerung abgeurteilt wird. Frau Künast sei es empfohlen, mal

einen Tag mit auf dem Feld zu verbringen und die Arbeit eines Landwirtes kennenzulernen. Vielleicht kann sie diesem ehrbaren Beruf dann etwas mehr Wertschätzung entgegenbringen.



Alternative Nachrichten

Damit Sie auf dem Laufenden bleiben!

In Zeiten, in denen viele etablierte Medien geradezu ungehemmt gegen unsere Bürgerpartei hetzen, ist es umso wichtiger, dass ich mit Ihnen direkt in Kontakt treten kann und Sie eine Berichterstattung ohne den Filter der politischen Korrektheit empfangen können!

Ich freue mich auf Ihre Anmeldung bei Telegram und über Ihr großes Interesse an meiner Arbeit! Gemeinsam werden wir den Altparteien weiterhin Druck machen und für ein weiteres Erstarben unserer AfD sorgen!

Abonnieren Sie jetzt den "Infokanal Münzenmaier" bei Telegram und erhalten Sie Neuigkeiten, Infos und Nachrichten aus erster Hand.

Jetzt Kanal abonnieren unter >> t.me/infokanal_muenzenmaier

oder suchen Sie in der Telegram-App nach "Infokanal Münzenmaier".



Leserbriefe

Sie sind gefragt!

Haben Sie Kritik oder Anregungen zu „Münzenmaiers Magazin“?

Sie möchten Ihre Meinung zu einem unserer Artikel sagen oder haben Ergänzungen zum Inhalt?

Dann schreiben Sie uns gerne einen Leserbrief mit dem Betreff: „Münzenmaiers Magazin – Leserbrief“ an info@sebastian-muenzenmaier.de

Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften und Anregungen!



Sebastian Münzenmaier im Bundestag **„Frau Merkel, geben Sie den Menschen ihre Freiheit zurück!“**

Sebastian Münzenmaier antwortete am 23. April 2020 auf die Regierungserklärung von Angela Merkel zur Corona-Krise. Im Anschluss seine Worte vor dem Deutschen Bundestag:

„Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach all den Beschwichtigungen, Beschönigungen, die Sie, Frau Bundeskanzlerin, hier vorgetragen haben, ist es, glaube ich, ganz wichtig, dass wir uns alle noch mal folgende Fakten in Erinnerung rufen:

Erstens. Der absolute Shutdown dieses Landes war vermeidbar.

Zweitens. Sie als Bundesregierung tragen aufgrund Ihres anfänglichen Zögerns und Versagens die Verantwortung für die extrem harten Einschnitte in unsere Grundrechte und in unser Wirtschaftsleben.

Und andere Staaten wie Südkorea oder Taiwan haben früh gezeigt, wie man durch schnelles Handeln und intelligente Lösungen ein vollkommenes Herunterfahren eines Landes vermeiden kann. Das

Handeln dieser Regierung in der Frühphase der Pandemie ist stattdessen eine einzige Chronik des Versagens.

Als die ersten Nachrichten aus China zu einem neuartigen Virus eintrafen, tat diese Regierung nix. Als Wuhan abgeriegelt wurde, taten Sie nix. Als unsere Fraktion hier im Deutschen Bundestag am 12. Februar mit einem Antrag die Bekämpfung der Seuchenausbreitung in Deutschland mit konkreten Maßnahmen forderte, lachten Sie alle uns aus und taten stattdessen nix.

Selbst als der Iran seit Wochen als Risikogebiet für das Coronavirus eingestuft war, landeten am Frankfurter Flughafen die Maschinen aus Teheran ohne Probleme, ohne Tests, ohne Quarantänemaßnahmen oder ohne Einreisesperren.

Der Gesundheitsminister Jens Spahn verkündete vollmundig, dass Deutschland gut vorbereitet sei. Lieber Herr Spahn, es gab in der Folge Engpässe bei Desinfektionsmitteln. Arztpraxen und Krankenhäuser litten unter enormem Mangel an Schutzmasken.

Die Testkapazitäten reichten bei Weitem nicht aus. Ihre Materialbeschaffungsanstrengungen, die dann hektisch und vor allem viel zu spät starteten, waren geprägt von Pleiten, Pech und Pannen. Ich erinnere mich zum Beispiel an das plötzliche Verschwinden von Millionen von medizinischen Atemschutzmasken an irgendwelchen Flughäfen in Kenia. Wenn das Ihre gute Vorbereitung war, Herr Spahn, dann sind Sie für den Job nicht geeignet.

Wenn der Deutsche Bundestag Ihnen ein Arbeitszeugnis ausstellen dürfte, dann wäre „Stets bemüht“ noch das Beste, was da drinstehen könnte.

Dank Ihrer anfänglichen Untätigkeit und dem dann verhängten Shutdown ist das Coronavirus mittlerweile zu einer Gefahr für unsere Wirtschaft und für unsere Gesellschaft geworden, die unser Land in die größte Wirtschaftskrise stürzen wird, die wir je erlebt haben. Sie haben den frühzeitigen Start von Maßnahmen verschlafen. Jetzt verschlafen Sie auch noch den dringend notwendigen Ausstieg aus dem Shutdown. Täglich melden sich verzweifelte Bürger, die uns und Sie vor allem, Frau Bundeskanzlerin, anflehen, die Maßnahmen endlich zu lockern, damit sie versuchen können, ihre ehemals florierenden Geschäfte und Unternehmen zu retten.

Aber Sie haben hier in Ihrer Regierungserklärung ganz klargemacht, wo Ihre Prioritäten liegen. Sie haben viel von Europa gesprochen, von europäischer Solidarität im Bereich Klimaschutz und davon, dass Sie den ärmsten Ländern der Welt die Zinsen und die Tilgung von Schulden erlassen wollen. Wo waren Ihre Worte an die verzweifelten Unternehmer? Wo waren Ihre Worte an die Gastronomie, Frau Merkel?

Von den mehr als 220.000 gastronomischen Betrieben in Deutschland mit über 2,4 Millionen Beschäftigten ist jeder dritte Betrieb von Insolvenz bedroht. Was machen Sie bei der Verkündung Ihrer Lockerungen? Sie bieten der Gastronomie und vielen anderen Branchen überhaupt keine Perspektive. Stattdessen haben Sie gestern Nacht beschlossen, dass Sie die Mehrwertsteuer auf Speisen endlich vereinheitlichen und auf 7 Prozent reduzieren. Reduzierte Steuern auf Speisen, die man

nicht verkaufen kann! Also, diese Bundesregierung besteht aus Koryphäen, ich muss das so ehrlich sagen. Wahnsinn!

Insgesamt sind Ihre Lockerungen vollkommen unzureichend und geprägt von Sinnlosigkeit.

Man darf sich nicht im Biergarten an der frischen Luft unter Wahrung der Abstands- und Hygieneregeln treffen, aber im überfüllten Baumarkt mit Hunderten anderer Menschen darf man sich tummeln. Im großen Elektronikmarkt stecken Sie sich an, wenn er über 800 Quadratmeter groß ist, aber im kleinen Buchgeschäft auf gar keinen Fall: Das ist alles vollkommen willkürlich und aus der Luft gegriffen.

Wir als AfD-Fraktion fordern deshalb ganz klar: Gestatten Sie jetzt allen Geschäften, unabhängig von der Quadratmeterzahl, und auch der Gastronomie und den anderen benachteiligten Branchen endlich die komplette Öffnung unter Wahrung der Abstands- und Hygieneregeln, meine Damen und Herren.

Geben Sie den vielen fleißigen Menschen in diesem Land endlich wieder eine Perspektive.

Aber das Einzige, was Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, dazu einfällt: Sie wollen keine – ich zitiere – „Öffnungsdiskussionsorgien“. Werte Frau Bundeskanzlerin, wir alle wissen, dass Sie Ihre Weisheit und Ihre getroffenen Maßnahmen wahrscheinlich für alternativlos halten. Aber deshalb möchte ich Sie in diesem Hohen Haus daran erinnern: Sie sind nicht Ludwig XIV. Sie stehen auch nicht über dem Gesetz. Und auch Sie sind nur auf Zeit gewählt.

Sie haben heute davon gesprochen – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –: „Diese Pandemie ist eine demokratische Zumutung ...“. Ich sage Ihnen: Die demokratische Zumutung ist nicht die Pandemie, sondern diese Bundesregierung, meine Damen und Herren.

Deswegen appelliere ich noch mal an Sie, Frau Merkel, und an die ganze Bundesregierung:

Stellen Sie endlich die verfassungsgemäße Ordnung in diesem Land wieder her, und geben Sie den Menschen Ihre Freiheit zurück.“

**Diesen sowie viele weitere Redebeiträge
finden Sie in unserem YouTube - Kanal >**





HABECK BLAMIERT SICH IM ZDF-TALK

Beliebter Netzartikel

Robert Habeck blamiert sich bei Maybrit Illner

Robert Habeck und die Grünen sind in der Corona-Krise bis dato nicht mit konstruktiven Vorschlägen aufgefallen. Die Lieblinge der deutschen Presselandschaft können einfach nicht von ihren Lieblingsthemen lassen und fordern mal schnellere CO₂-Preissteigerungen und mal mehr Migration für Deutschland. In Zeiten einer die Wirtschaft und viele Bürger existenziell bedrohenden Krise, noch unverständlicher als sonst und schlicht verantwortungslos. Die Grünen nehmen ihre Rolle als Totengräber der deutschen Wirtschaft nach wie vor sehr ernst.

Robert Habeck war nun in einer Sondersendung von Maybrit Illner zum Thema „Corona“ eingeladen. Habeck wird generell von den Öffentlich-Rechtlichen gerne zum nächsten Kanzler ausgerufen und daher eher mit wachweichen Fragen konfrontiert, die joviale Antworten von Herrn Habeck geradezu begünstigen. Angesichts der Krise drängten sich jedoch unangenehmere Fragestellungen auf, denen Habeck krampfhaft versuchte mit Phrasen aus dem Weg zu gehen.

Da sich die Grünen lieber im Fahrwasser der moralischen Überlegenheit bewegen und die sachliche Auseinandersetzung grundsätzlich

meiden, stellt eine Krisen mit konkreten Fakten und Problemen eine ganz neue Herausforderung für grüne Spitzenpolitiker dar. Robert Habeck patzte dementsprechend vollständig. Er fantasierte von Szenarien, bei denen sich die „Inkubationszeit verdoppelt“. Dies ist gleichermaßen unsinnig wie unmöglich. Offensichtlich hat sich der ehemalige Schriftsteller Habeck mal wieder nicht zur Sache informiert bevor er lospoltert, ähnlich wie damals bei der Pendlerpauschale...

Den Öffentlich-Rechtlichen wird es nach der Krise zunehmend schwerer fallen, die Grünen als die neuen Heilsbringer der deutschen Politik glänzen zu lassen.



BERLIN IST EINE REISE WERT!

Besuchen Sie mich im Deutschen Bundestag:

Sie wollen einen Blick „hinter die Kulissen“ des Bundestages werfen und für vier Tage unsere Hauptstadt und das Parlamentsviertel erkunden?

Gerne begrüße ich Sie im Rahmen einer Informations- und Bildungsfahrt des BPA in Berlin!

Neben einem Gespräch im Reichstag, bei dem ich gerne auf Ihre Fragen eingehe, gestalten wir für Sie ein umfangreiches Programm und einige interessante Tage!

Erleben Sie eine Plenarsitzung im Deutschen Bundestag „live“ auf der Besuchertribüne und erfahren Sie mehr über die Aufgaben, die Arbeitsweise oder die Zusammensetzung unseres Parlaments sowie Hintergrundinformationen über die Geschichte und Architektur des Reichstagsgebäudes.

Haben Sie Interesse? Ich freue mich auf Ihren Besuch!

4tägige Reise nach Berlin

Abfahrt morgens 6:30 Uhr in Mainz mit einem Reisebus.

Ankunft in Berlin ca. 17:00 Uhr.

Rückfahrt mit dem Bus ab ca. 13:00 Uhr von Berlin nach Mainz.

Kosten

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPS) übernimmt die Kosten für:

- Hin- und Rückfahrt mit einem Reisebus und Bustransfer in Berlin
- Hotelübernachtung im Zweibett-Zimmer (Einzelzimmer gegen Aufpreis nur auf Anfrage)
- Frühstück, Mittag- und Abendessen sowie je ein alkoholfreies Getränk zur Mahlzeit

Höhepunkte sind u.a.:

- Treffen und Aussprache mit Ihrem Abgeordneten Sebastian Münzenmaier
- Besuch einer Bundestagssitzung oder des Plenarsaales und der Reichstagskuppel
- Besuch eines Bundesministerium oder einer Bundeseinrichtung
- Stadtrundfahrt unter Leitung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
- Besuch eines Berliner Museums und / oder einer politischen / historischen Ausstellung
- Schiffstour auf der Spree mit Abendessen

Info & Anmeldung

www.sebastian-muenzenmaier.de/berlin/besuch-in-berlin



sebastian.muenzenmaier.ma03@bundestag.de

TERMIN

22.11.2020 - 25.11.2020



Kommentar von Sebastian Münzenmaier

Aufruf zur Unterstützung der deutschen Reisewirtschaft

Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Coronabekämpfung belasten fast alle Wirtschaftszweige unseres Landes schwer. Besonders getroffen ist jedoch unsere Tourismusbranche.

Hunderttausende Existenzen stehen auf dem Spiel, nahezu täglich lesen wir über Insolvenzen, Gaststättensterben oder die unglaubliche Not von Reisebüros. Wir als AfD-Fraktion wollen mit unseren Anträgen dafür sorgen, dass sowohl die größte Not gelindert wird, als auch, dass diese unglaublich wichtige Branche mit ihren drei Millionen Arbeitsplätzen wieder etwas hoffnungsvoller in die Zukunft schauen kann. Wir wollen wirksame Soforthilfen für die betroffenen Betriebe, mit nachhaltigen und zukunftsfähigen Maßnahmen verbinden. Besonders in unseren ländlichen Räumen, die von der Regierung völlig vernachlässigt werden, ist das Wegbrechen von Gastronomie und Tourismus ein Todesstoß für die heimische Wirtschaft.

Deshalb fordern wir zur Überwindung der aktuellen Krise und zur Überlebenssicherung der betroffenen Betriebe Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Kredite verlagern währenddessen nur das Insolvenzrisiko für kleine und mittelständische Unternehmen in die Zukunft.

Unser Hotel- und Gaststättengewerbe, sowie unsere Reisebüros, Busfahrunternehmen und alle anderen in der Tourismuswirtschaft Tätigen verdienen besseres.

Dieser „Shutdown“ wurde von der Regierung verschuldet und viele eigentlich gesunde Unternehmen wurden durch die Panik der Regierung Merkel in den Ruin getrieben!

Das „Gießkannenprinzip“ bei staatlichen Corona-Zuschüssen und Krediten, führte viel zu oft dazu, dass Geld versickerte oder bei denen ankam, denen es wirtschaftlich noch am besten ging. Dem Großkonzern wurde bereitwillig geholfen, während der Kleinunternehmer auf der Strecke blieb. Wir, als AfD-Bundestagsfraktion, wollen daher Unternehmenszuschüsse an die Sicherung von Arbeitsplätzen binden. Wer in Krisenzeiten an die eigenen Mitarbeiter denkt und sie weiter in Lohn und Brot hält, erhält einen gestaffelten Zuschuss nach Mitarbeiterzahl, von bis zu 6000 Euro pro Monat. Für einen Großkonzern mag dies kein wichtiger Punkt in der Bilanz sein, für die vielen Klein- und Kleinstbetriebe könnte es aber die finanzielle Rettung bedeuten.

**„Machen wir den Menschen
in unserem Land wieder Lust
auf Urlaub in Deutschland!“**

M SEBASTIAN
MÜNZENMAIER 

So hilft man einer Branche, die unverschuldet in die Knie gezwungen wurde, zumindest wieder etwas auf die Beine.

Doch auch langfristig wollen wir die Weichen branchenfreundlicher stellen. Kürzlich hat die Regierung die Steuern auf im Lokal verzehrte Speisen endlich auf den verminderten Mehrwertsteuersatz vereinheitlicht. Eine lobenswerte Hilfsleistung für die gebeutelte Branche, wie auch für den Gast, jedoch wurden in diesem Zuge Getränke völlig vergessen. Eine Unlogik, welche wir ebenfalls beheben wollen. Ein weiterer riesiger Hemmschuh, insbesondere für die Reisebüros, ist die unsägliche pauschale Reisewarnung des Auswärtigen Amtes. Völlig ohne Berücksichtigung der Situation vor Ort wird eine pauschale Reisewarnung mit allen juristischen Konsequenzen erlassen.

Ägypten beispielsweise, eines der Lieblingsreiseziele der Deutschen, hat gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem deutschen TÜV umfangreiche Sicherheitskonzepte für Einheimische und Touristen erarbeitet. Ägypten hat bei 100 Millionen Einwohnern, 2.800 Corona-Todesfälle. Zum Vergleich, das Bundesland Bayern hat mit 13 Millionen Einwohner rund 2.600

sogenannte „Corona-Tote“. Nach der aktuellen Regierungslogik müsste unser Außenminister Heiko Maas (SPD) jetzt auch bald eine Reisewarnung für den Freistaat Bayern verhängt.

Es bleibt dabei: Mit der pauschalen Reisewarnung wird den vielen Reisebüros in Deutschland weiter die wirtschaftliche Existenz entzogen, den Bürgern des Landes wird grundlos Angst eingejagt und die eigentlich wichtigen Reisehinweise des Auswärtigen Amtes werden unglaubwürdig gemacht.

Zum Schluss möchte ich Sie – liebe Leser – bitten, wenn uns die Regierung auch mal wieder im Stich lässt, dann unterstützen Sie doch bitte unsere deutsche Reise- und Gastwirtschaft durch einen Heimaturlaub im eigenen wunderschönen Land. Ich kann Ihnen versichern: So entspannt haben Sie noch nie geholfen!



Impressionen

Aktiv für Deutschland







Steffen Thieme
@derthieme

Antwort an @KI94Smr @realAlexBlank und @LillyBlaudzun

Eigentlich müsste man euch Nazis genauso vernichten wie man es im zweiten Weltkrieg getan wurde.

12:37 · 03.05.20 · Twitter for Android

Beliebter Netzartikel **Juso Steffen Thieme will AfD – Mitglieder „vernichten“**

Als SPD-Mitglied brauchte man in den vergangenen Jahren wahrlich starke Nerven, waren doch Pleiten, Pech und Pannen ständiger Begleiter der ehemaligen Arbeiterpartei. In Rheinland-Pfalz zeigte nun der Juso- und SPD-Funktionär Steffen Thieme, dass die Nerven scheinbar blank liegen. Bei Twitter konnte Thieme mit seinen linken Vernichtungsfantasien nicht mehr hinter dem Berg halten. An AfD-Mitglieder gerichtet schrieb er grammatikalisch wie inhaltlich anstößig:

„Eigentlich müsste man euch Nazis genauso vernichten, wie man es im zweiten Weltkrieg getan wurde.“ (Fehler im Original)

Steffen Thieme - Tweet AfDSteffen Thieme wurde 2018 in den Vorstand der Jusos Koblenz und 2019 in den des Ortsverbandes der SPD Lützel gewählt. Als die Äußerung in den Social-Media-Kanälen verbreitet wurde, sah sich Thieme schnell genötigt, seinen Twitter-Account zu löschen und sein Instagram-Profil auf „privat“ zu stellen.

Steffen Thieme ist nur ein weiteres Beispiel, welche linksextremen Gewaltvorstellungen auch in der SPD zum Vorschein treten. Es ist unwahrscheinlich, dass die SPD Rheinland-Pfalz auf solche Äußerungen

hin, Konsequenzen beschließt. Auch der Verfassungsschutz verfolgt lieber eine bürgerliche Partei, als sich endlich dem Linksextremismus in diesem Lande zu widmen. Politisch andersdenkende mit Krieg zu überziehen und ihre Vernichtung zu wünschen ist mehr als geschmacklos und mit Demokratie völlig unvereinbar, Herr Thieme.



Jetzt anmelden unter:

www.sebastian-muenzenmaier.de



„Ich bin Antifa“

Die heilige Kuh der Linken und der Beißreflex

Bei allen Unterschieden, haben alle, die sich in Deutschland zum linken Spektrum zählen, neben der kollektiven Neigung unfassbar schnell beleidigt zu sein, eine wesentliche Gemeinsamkeit: Jegliche Kritik an der Antifa treibt Ihnen die Zornesröte und die Empörung ins Gesicht.

Einen solchen Entrüstungsturm konnte man beobachten, als Donald Trump wegen der massiven Ausschreitungen in den USA, die von Linksradikalen wesentlich mit befeuert werden, auf Twitter meldete, er wolle die Antifa als Terrororganisation einstufen. Hierzulande ist das mittlerweile ein Affront. Vom linksliberalen Journalisten über SPD-, Grünen-, und Linksparteifunktionär, bis natürlich zu Linksradikalen, hagelte es Solidaritätsbekundungen zur Antifa und wütende Posts auf Social-Media-Kanälen. Dabei wird sich auch gerne kruder Thesen bedient, um die überaus gewaltaffinen Antifa-Organisationen nicht nur reinzuwaschen, sondern auch noch massiv zu verherrlichen.

Antifa = Antifaschismus?

Eines der beliebtesten Argumente ist dabei, dass der Begriff Antifa ja lediglich ein Akronym für

„Antifaschismus“ sei. Und gegen Faschismus zu sein, sollte ja schließlich eine Selbstverständlichkeit sein. Dabei bedienen sich die linken Protagonisten eines mittlerweile ziemlich abgedroschenen, moralisch aufgeladenen, rhetorischen Tricks. Natürlich möchte Niemand in den Verdacht geraten, sich nicht gegen oder gar für „Faschismus“ auszusprechen. Doch in deren Gedankenwelt beginnt der „Faschismus“ schon weitab von tatsächlichen Rechtsradikalen. „Gegen Faschisten zu sein, ist Staatsräson, aber wer Faschist ist, das bestimmen wir“, so scheint das Motto zu lauten und zielt mittlerweile vor allem Richtung Bürgerliche, Konservative, Freiheitliche und alle, die nicht in das linke Weltbild passen.

Wenn Antifa gleich Antifaschismus und Antifaschismus gleich Bürgerpflicht, dann, so folgt man deren Logik, sollte sich auch eben jeder zur Antifa bekennen müssen.

Natürlich hinkt der Vergleich gewaltig, denn die Antifa steht genauso wenig für Antifaschismus wie ein Zitronenfalter für das Falten von Zitronen. Es handelt sich um eine linksextreme Organisation, die zellenartig strukturiert ist. Nahezu flächendeckend gibt es in Deutschland Antifa-Strukturen.

Diese treten immer dann auf den Plan, sobald irgendwo Veranstaltungen, Kundgebungen oder Demonstrationen von Parteien oder Gruppierungen stattfinden, welche nach dem Verständnis von Linksradikele eben keine Meinung, sondern Verbrechen vertreten. Darunter fallen bürgerliche, freiheitliche und konservative Kreise bzw. all jene, denen keine dezidiert linke Geisteshaltung innewohnt. Die Struktur der Antifa führt zum nächsten abwegigen „Argument“ von deren Fürsprechern.

„Wo kann ich meinen Mitgliedsantrag bei der Antifa stellen?“

Immer wieder wird ins Feld geführt, dass es sich bei der Antifa ja um keine Organisation, sondern nur um ein Bekenntnis handele. Als Beleg dafür, wird ins Feld geführt, man könne ja nirgends einen Mitgliedsantrag für die Antifa ausfüllen. Dabei wird eben übersehen, dass es sich bei Antifa-Gruppen eben nicht um harmlose Vereine handelt, sondern um teilweise konspirativ agierende Zellen in denen häufig Straftaten geplant werden. Natürlich können sich unter dem Begriff Antifa an mehreren Standorten verschiedene Gruppen gründen, mal mehr oder weniger kriminell und gewalttätig. In diesem Sinne mag es zwar „Die Antifa“ als die eine Organisation nicht geben, dennoch haben alle Gruppen, die sich selbst unter der Fahne der Antifa versammeln eines gemeinsam und das ist der Hang zum Totalitarismus, zur Gewalt und zur Einschüchterung missliebiger Meinungen.

Auch bei Terrorgruppen wie dem Islamischen Staat gab es weder einen Eintrag im Vereinsregister noch ein Mitgliedsformular, was man hätte ausfüllen können. Dennoch wäre Niemand auf die Idee gekommen, die Existenz und Gefahr des IS zu relativieren oder sich gegen dessen Verbot auszusprechen.

Die Antifa hat Symbolcharakter und dient als Vorlage für Gewalt gegen Andersdenkende, was in dem beliebten, linksradikalen Ausspruch „Antifa ist Handarbeit“ zynischen Ausdruck findet. Und selbstverständlich wäre auch ein Verbot der Antifa möglich. In diesem Falle dürften sich gewaltbereite Linksextreme eben nicht mehr unter der „Marke“ Antifa organisieren und dessen Symbol nutzen.

Alle wollen Antifa sein

Unter der Fahne der Antifa werden in Deutschland regelmäßig Anschläge durchgeführt. Autos und Häuser werden beschmiert oder in Brand gesetzt.

Menschen werden eingeschüchtert, bedroht und nicht selten auch schwer verletzt. Doch dazu schweigen die Vertreter der vermeintlich moderaten Linken und auch die Öffentlich-Rechtliche Medienlandschaft. Als beispielsweise in Stuttgart Mitglieder einer alternativen Gewerkschaft von Linksextremen attackiert wurde, eine Person durch eine Gaspistole in Koma und Lebensgefahr geschossen wurde, blieb der Aufschrei aus.

Wenn hingegen, wie eingangs erwähnt, Donald Trump ein hartes Vorgehen gegen die linksextreme Antifa verkündet, dann schwappt die Welle der Empörung über und es kommt zu einer Reihe von Solidaritätsbekundungen.

„Ich bin Antifa“, so lautet das beliebte Bekenntnis der Sympathisanten mit dem gewaltbereiten Linksextremismus. Nachdem sich die Vorsitzende der SPD, Saskia Esken, zur Antifa bekannte, kam sogar vom offiziellen Twitter-Account der Partei selbst die Aussage, die SPD sei Antifa. Natürlich ließ sich ähnliches auch bei Grünen und Linkspartei beobachten. Eine Aufzählung der Personen, welche ein Bekenntnis zur Antifa ablegten, würde den Rahmen sprengen. Saskia Esken erntete noch leise Kritik an ihrer Aussage, aber für die große Mehrheit der Presselandschaft, stellt es kein Problem dar, dass sich eine große Zahl von politischen Funktionsträgern und Abgeordneten zu einem Label bekennen, das für Gewalt gegen Andersdenkende steht.

Die Antifa bleibt im linken Establishment der Bundesrepublik eine heilige Kuh. Meist wohlwollend wird auf die Antifa-Truppen geblickt, selbst wenn sie massive Straftaten begehen. Bei aller Zerstrittenheit ist der „Kampf gegen Rechts“, also der Kampf gegen alles, was nicht in das engstirnige Weltbild passt, der Kitt, welche die Linke bei aller Zerstrittenheit zusammenhält. Die Antifa ist der radikalste und extremste Auswuchs einer Geisteshaltung, welche die Meinungsfreiheit hierzulande immer mehr bedroht. Die Antifa steht für Gewalt und Einschüchterung. Dass sich mitunter sogar politische Entscheidungsträger zu ihr bekennen, muss einem Sorgen machen und zeigt auf, dass ein Verbot der Antifa schon längst überfällig wäre. Die AfD stellte bereits einen Antrag im Bundestag, ein Verbot der Antifa zu prüfen. Wie erwartet, wurde dieser von sämtlichen anderen Parteien abgelehnt.



Stuttgart, Leipzig & die Spirale der Gewalt **„Antifa“ – eine aktuelle Bestandsaufnahme**

Im vorangegangenen Artikel zeigten wir auf, dass es sich bei der „Antifa“ nicht um einen Verein, sondern um teilweise konspirativ agierende Zellen handelt, die sich über eine verbindende Symbolik, Taktik und Ideologie definieren. Der Hang zum Totalitarismus und die Gewaltbereitschaft gegenüber missliebigen Meinungen sind hierbei maßgeblich. Dass die „Antifa“ und linksradikale / linksextremistische Gewaltaktionen unverrückbar miteinander verbunden sind, zeigt folgende aktuelle Bestandsaufnahme.

Stuttgart–Cannstatter Wasen: Mordversuch unter dem Banner linksextremer „Antifa“

Am 16. Mai 2020 kam es am Rande der Grundrechte-Demo in Stuttgart zu einem versuchten Tötungsdelikt durch 50 Linksextremisten an drei Vertretern der alternativen Gewerkschaft „Zentrum Automobil“. Unter den Verletzten befand sich Andreas Ziegler.

Wie Augenzeugen berichteten, wurde dem bereits blutend auf der Straße liegenden Andreas eine Gaspistole an den Kopf gehalten, dann haben die Linken abgedrückt. Andreas lag nach dem Angriff im Koma und schwebte mehrere Wochen in Lebensgefahr. Bei dem Attentat muss es sich um eine koordinierte Aktion gehandelt haben, da die linksextremen Attentäter neben der Gaspistole mit Schlagringen und Pfeffersprays bewaffnet waren.

Auf der linksextremen Seite „Indymedia“ brüstet sich die „Antifa“ mit einem entsprechenden Gewaltaufruf und bezieht sich ausdrücklich auf den Anschlag gegen Andreas Ziegler und seine Kollegen: „Die Auseinandersetzung war nicht sportlich und fair – das sollte aber auch nicht der Charakter einer ernsthaften antifaschistischen Intervention sein.“ Und weiter: „Sie (gemeint sind alle Kritiker der „Antifa“, Anm. der Redaktion) sollen mit Schmerzen, Stress und Sachschaden rechnen und dadurch möglichst isoliert, gehemmt, desorganisiert und abgeschreckt werden.“ Die Attentäter veröffentlichten den Text am 27. Mai um 17.24 Uhr.

Das baden-württembergische Innenministerium hat vor wachsender Gewalt in der linksextremen Szene gewarnt. „Wir beobachten seit einigen Wochen eine Mobilisierung der linksextremistischen Szene zu Protesten gegen die Querdenken-Kundgebungen in Stuttgart“, teilte ein Sprecher des Ministeriums von Thomas Strobl (CDU) „Focus Online“ mit. Dabei sei eine „gestiegene Militanz der gewaltorientierten linksextremistischen Szene“ zu beobachten. Vor allem „die Häufung der koordinierten körperlichen Übergriffe“ stelle aus Sicht des Landesamtes für Verfassungsschutz „eine neue Entwicklung dar“, verdeutlichte das Ministerium.

Unterdessen beschäftigt sich der baden-württembergische Landtag auf Drängen der dortigen AfD-Fraktion mit dem heimtückischen Anschlag. Besonders brisant erscheint die Verstrickung zwischen gewaltbereiten „Antifa“ Strukturen und der etablierten Gewerkschaft „IG Metall“. Auf nachweislich gemeinsamen Demonstrationen wurden Vertreter der alternativen Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ wiederholt diskreditiert und stigmatisiert. Einige IG-Angehörige sympathisierten offensichtlich mit gewaltbereiten Linksextremisten auch wenn dies die „IG Metall“ in einer Stellungnahme zurückwies.

Leipzig – Connewitz: Ein Stadtteil im Abwärtstrend der linksextremen Gewaltspirale

Als am 10. November 2019 Linksextremisten die Prokuristin einer Leipziger Immobilienfirma in deren eigener Wohnung überfielen und zusammenschlugen, war dies der Höhepunkt einer Eskalation, die bereits im Vorfeld ein gefährliches Ausmaß erreicht hatte. So wurden beispielsweise durch Linksextremisten zwei Brandanschläge auf Baukräne verübt, die einen Sachschaden von 20 Millionen Euro nach sich zogen. Die linken Gewalttäter hatten es billigend in Kauf genommen, Anwohner in Lebensgefahr zu bringen. Hintergrund der Auseinandersetzung ist neben der erhöhten Polizeipräsenz im linken „Szenekiez“ Leipzig-Connewitz, der als Rückzugsort diverser „Antifa“ Gruppierungen gilt, auch die fortschreitende Sanierung der Bebauung durch Immobilienfirmen. Unterschlagen wird, dass Leipzig-Connewitz bereits seit Jahren eine linke Hochburg ist und die Ausbrüche linksradikaler und linksextremistischer Gewalt die Stadt in regelmäßigen Abständen heimsuchen – so ist der 1. Mai-Feiertag und die Silvesternacht ein Garant für eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen linken Kräften und der Polizei. Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD)



hatte den Überfall auf die Immobilienmitarbeiterin scharf kritisiert. Eine Grenze sei überschritten sagte er und weiter: „Die von der linksextremen Szene verbreitete Mär, man sei nur gegen Sachen und staatliche Institutionen gewalttätig, nicht aber gegen Personen, ist entlarvt als das, was es immer war: eine Lüge.“ Im Zuge des Anschlages gründete Sachsen die Sonderkommission Linksextremismus („Soko LinX“), die derzeit 250 Kriminalfälle bearbeitet. Der sächsische Innenminister Roland Wöllner (CDU) erklärte: „Wir wollen mit der Soko Links den Druck auf die linksextremistische Szene in Leipzig weiter erhöhen und Straftaten schneller aufklären.“ Die Aufklärungsquote im extremistischen Bereich liegt in Sachsen bisher bei mageren 20 Prozent. In Bezug auf die vorangegangenen linksextremen Anschläge erklärte Wöllner: „Es ist unfassbar, mit welcher widerwärtigen Gewaltbereitschaft inzwischen offensichtlich politisch motivierte Straftäter versuchen, ihre Interessen durchzusetzen und dabei Menschenleben gefährden“.

Rheinland – Pfalz: Linksextreme Untergrund – Organisation bedroht Innenminister

Am 25. Mai 2020 erhielt der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz (SPD) ein Drohschreiben von einer linksextremistischen Gruppe, dass eine 9-Millimeter-Gaspatrone enthielt. Das Drohschreiben fordert einen „radikaler Schlusstich unter die kapitalistische Polizeistaatspolitik“ und droht mit dem Einsatz von selbst gebauten Brandsätzen in Lewentz Umgebung. Absender des Briefes ist dem Innenministerium zufolge die MilitantE Zelle (MIEZE), als Teil des Kollektivs der Revolutionären Aktionszellen (RAZ). Diese linksextremistische, antiimperialistisch ausgerichtete Organisation habe von 2009 bis 2011 mehrere Brand- und Sprengstoffanschläge verübt und ist bis heute im Untergrund aktiv.

Trotzdem zählt Rheinland-Pfalz nicht als Schwerpunkt von gewaltbereiten Linksextremisten. Nach Schätzungen des Innenministeriums gehören schätzungsweise etwa 500 Personen zum linksextremistischen Spektrum, ca. 100 von ihnen gelten als gewaltbereit. Linksextremisten würden „unter dem Deckmantel des Antifaschismus“ oft auch die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpfen, betonte das Innenministerium in Mainz.

Verfassungsschutz warnt: gezielte Tötung politischer Gegner möglich

Unterdessen hat das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) eine deutliche Radikalisierung der linksextremistischen Szene festgestellt. Demnach sei eine Herausbildung „terroristischer Strukturen“ möglich sowie eine „gezielte Tötungen“ politischer Gegner, heißt es in einer Analyse der Behörde, die der „Welt am Sonntag“ vorliegt.

In mehreren Bundesländern gebe es Hinweise darauf, dass sich Kleingruppen herausbildeten, die „eigene Tatserien begehen und sich aufgrund steigender Gewaltbereitschaft bei ihren Taten vom Rest der Szene abspalten“, heißt es dem Bericht zufolge weiter. Der Verfassungsschutz warne vor

einer „Radikalisierungsspirale“ eines abgeschotteten „harten Kerns“. Linksextreme unterschieden nicht zwischen Sachen und Personen. „Schwere Körperverletzungen der Opfer bis hin zum möglichen Tod werden billigend in Kauf genommen“, berichtete das BfV. Die Gewalt beschränke sich nicht auf die institutionelle Ebene, was ebenfalls schwer wiegt, vielmehr würden Opfer gezielt ausgesucht und in ihrem persönlichen Rückzugsraum angegriffen.

Laut dem aktuellen Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2019 nahmen die registrierten linksextremistischen Straftaten um rund 40 Prozent zu, von 4622 (2018) auf 6449 Straftaten. In verschiedenen Bundesländern war ein deutlicher Anstieg zu beobachten: in Sachsen um mehr als das Doppelte bei den Straf- und Gewalttaten. Nordrhein-Westfalen verzeichnete absolut die meisten Straftaten. Brandenburg und Berlin registrierten deutlich mehr Gewalttaten. Bundesweit ist das linksextremistische Personenpotenzial dem Verfassungsschutz zufolge um etwa fünf Prozent auf insgesamt 33.500 Linksextremisten, wovon jeder vierte als gewaltbereit gilt, gestiegen.

Das untere Bild zeigt die Opfer des Antifa-Angriffs in Stuttgart



Gewinnspiel

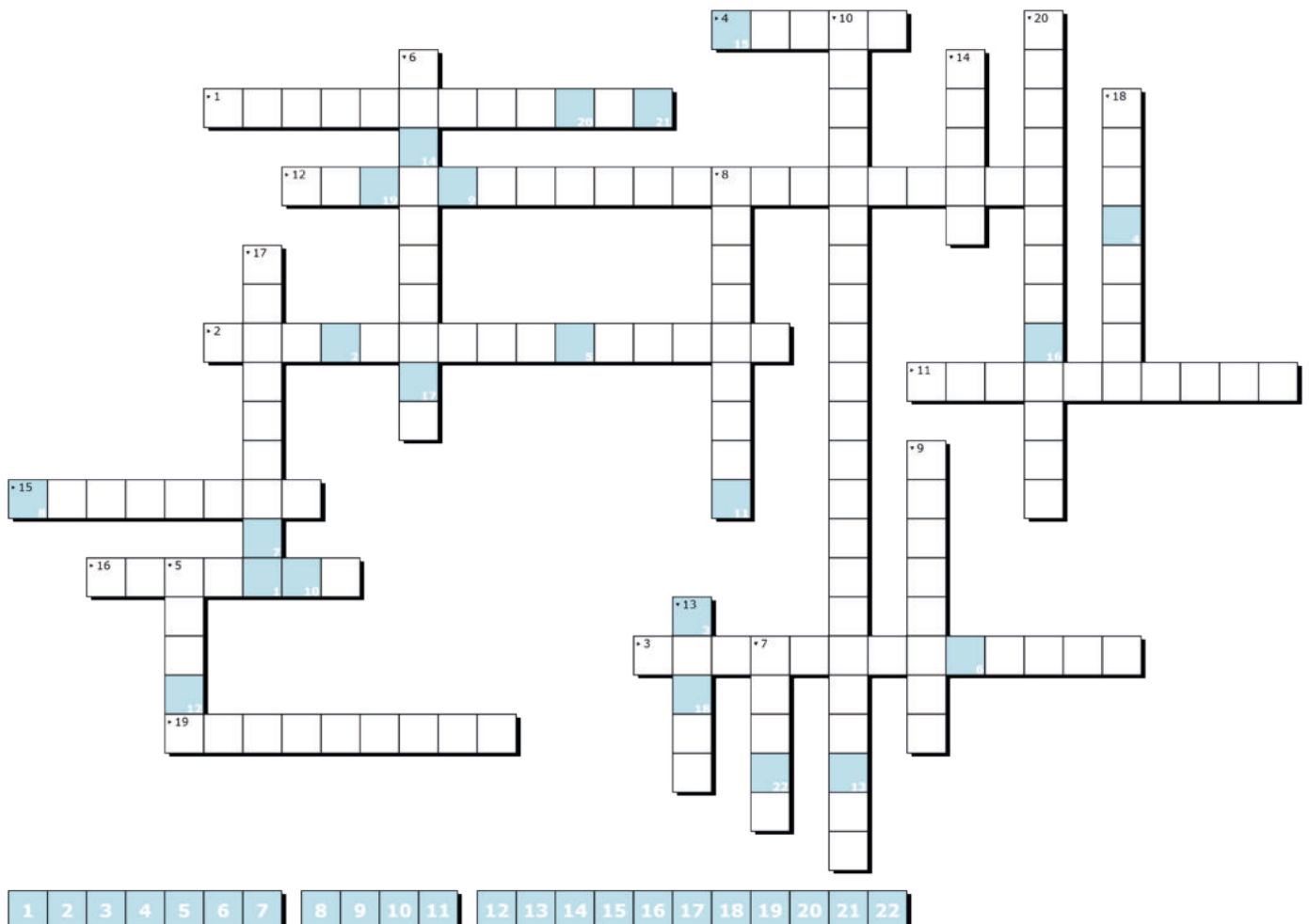
Liebe Leser,

zur Erheiterung haben wir für Sie auch in dieser Ausgabe ein kleines tagespolitisches Rätsel mit Gewinnspiel. Senden Sie das Lösungswort per E-Mail mit dem Betreff „Magazin 02/20 Gewinnspiel“ an:

info@sebastian-muenzenmaier.de

Unter allen korrekten Einsendungen verlosen wir einen tollen Gewinn.

1. Was ist der ursprüngliche Beruf von Gesundheitsminister Jens Spahn
2. Was könnte sich laut Robert Habeck bei Corona verdoppeln?
3. Welche taz-Journalistin wünschte sich die Polizei auf die Müllhalde (Nachname)?
4. Welcher US Präsident wollte die Antifa verbieten (Nachname)?
5. Von welchem SPD Bundestagsabgeordneten wurde das Büro von der Antifa angegriffen (Nachname)?
6. Welcher SPD Gesundheitsexperte wollte noch 2019 mehr als die Hälfte der Krankenhäuser schließen (Nachname)?
7. Mit was beschäftigt sich Bundeskanzlerin Merkel vorrangig während Bundestagsdebatten?
8. Welcher Linkenpolitiker hat kein Problem damit, Das reichste 1% der Deutschen zu erschießen (Nachname)?
9. Wer behauptete, durch die Corona-Krise kein einziger Arbeitsplatz verloren ginge (Nachname)?
10. In welchem Bundesland wurde eine Linksextremistin zur Verfassungsrichterin gewählt?
11. Wer ist laut Medien für die Ausschreitungen in Stuttgart verantwortlich?
12. Wie nennt der Linksradikale WDR-Journalist Georg Restle seine Art der Tendenzberichterstattung?
13. Welcher bekannte SPD-Hetzer legte im Mai überraschen seine Ämter nieder (Nachname)?
14. Wie nannte die SPD plakativ ihr Konjunkturpaket zur Corona-Krise?
15. Was forderte Sebastian Münzenmaier im Zuge des Shutdowns von der Kanzlerin, den Menschen zurückzugeben?
16. Welcher Berufsgruppe attestierte Saskia Esken „latenten Rassismus“
17. Wie heißt ein linksextremer Gefahrenherd in Leipzig?
18. Für welche US-Firma übte sich Phillipp Amtor in Lobbyismus?
19. Welche islamistische Terror-Organisation wurde nachdem die AfD es Jahrelang forderte im April 2020 in Deutschland verboten?
20. Welches Ereignisses wird am 17. Juni gedacht?





Kontakt & Info

Meine Arbeit vor Ort

Neben meiner Tätigkeit als Abgeordneter in Berlin, versuche ich natürlich auch so oft wie möglich in meinem Wahlkreis Mainz und ganz Rheinland-Pfalz zu sein um mein Ohr stets beim Bürger vor Ort zu haben. Als „Exilpfälzer“ unterhalte ich bisher ein Abgeordnetenbüro in Pirmasens, ein weiteres Büro in Mainz ist in Planung.

Sie erreichen mein Wahlkreisbüro in Pirmasens unter folgender Adresse:

Abgeordnetenbüro Sebastian Münzenmaier
Kaiserstraße 2a
66955 Pirmasens

sebastian.muenzenmaier.ma04@bundestag.de

Gerne können Sie mit meinem Büroleiter in Pirmasens, Herrn Ferdinand Weber, Sprechstundentermine unter oben genannter E-Mail-Adresse vereinbaren – wir freuen uns auf Sie und Ihre Ideen!

Kontakt für Mainz und Umgebung

Natürlich stehe ich Ihnen auch in Mainz und Umgebung für Bürgersprechstunden, Anregungen und Ideen zur Verfügung, bitte vereinbaren Sie mit Herrn Stephan Stritter unter:

sebastian.muenzenmaier.ma03@bundestag.de einen Termin und lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Rheinland-Pfalz in Berlin optimal repräsentiert ist!

Antworten für das Kreuzwörter: 1. Bankkassaman | 2. Inkubationszeit | 3. Yaghoobifarah | 4. Trump | 5. Lindh | 6. Lauterbach | 7. Handy | 8. Rexinger | 9. Altmaier | 10. Mecklenburg-Vorpommern | 11. Partyszene | 12. Halungsjournalismus | 13. Kahrs | 14. Wumms | 15. Freiheit | 16. Polizei | 17. Conneitz | 18. Augustus | 19. Hisbollah | 20. Volksaufstand

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Sebastian Münzenmaier
Mitglied des Bundestags
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

Druck & Verlag:

Eigenverlag (E.i.S.)
Sebastian Münzenmaier
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

M **SEBASTIAN**
MÜNZENMAIER



www.sebastian-muenzenmaier.de

